

Ratsmitglied

Ratsmitglied Sager

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Hans Gabriels
Ausschussmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Martin Harms
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussvorsitzender Bernhard Rech

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat Erika Lach

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Dezernent

Dezernent Klaus-Dieter Kottek

von der Verwaltung

von der Verwaltung Andreas Büttler
von der Verwaltung Torsten Klebba

vom Eigenbetrieb

vom Eigenbetrieb Janßen
vom Eigenbetrieb Rademacher

Protokollführer

Protokollführer Joachim Noack

Sonstige

Sonstige Bode
Sonstige Gieselmann

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Hartmut Heydinger
Ausschussmitglied Horst Radmer

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleiter Anton Englisch
Fachbereichsleiter Michael Witt

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschriften vom 17.03.2009, 12.05.2009 und 09.06.2009
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Neuordnung von Spielplatzflächen:
Himmelreich/Coldewei
 - 4.2 Bebauungsplan Nr. 211 - Hafengroden-
Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss
 - 4.3 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven 66. Änderung
-Heppenser Groden Nord-
Entwurfsbeschluss
 - 4.4 Bebauungsplan Nr. 203

- Heppenser Groden Nord-
Entwurfsbeschluss
 - 4.5 Bebauungsplan Nr. 92B / 2. Änderung
 - Maadebogen westlich Altengroden-
(mit örtlicher Bauvorschrift)
Aufstellungsbeschluss
 - 4.6 Einziehung von Straßen
 - 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 5.1 Bezuschussung von elektronischen
Fahrscheindruckern
 - 5.2 APB-Studienfahrt nach Oldenburg und Hannover
vom 07.09. bis 09.09.2009
Zustimmung
 - 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 7 Öffentliche Anhörungen
-
- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
Herr **Rech** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
 - 2 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschriften vom 17.03.2009, 12.05.2009 und 09.06.2009
Die Niederschriften der öffentlichen Teile der Sitzungen des APB vom 17.03.2009, 12.05.2009 und 09.06.2009 wurden einstimmig genehmigt.
 - 3 Genehmigung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde genehmigt.
 - 4 Vorlagen an den Rat
-
- 4.1 Neuordnung von Spielplatzflächen:
Himmelreich/Coldewei
Herr **Kottek** stellte die Vorlage ausführlich vor.
Herr **Rech** fragte, ob diese Angelegenheit mit den betroffenen Bürgervereinen sowie den zuständigen städtischen Einrichtungen (Jugendamt etc.) abgestimmt wurde.
Herr **Kottek** antwortete, dass in derartigen Angelegenheiten grds. Eine Abstimmung mit dem Jugendamt erfolgt. Der Jugendhilfeausschuss tagt erst morgen, wo er diese Vorlage auch vorstellen werde. Sollten hier Bedenken geltend gemacht werden, so müsse man das Verfahren anhalten und diese Bedenken ausräumen. Mit dem Bürgerverein ist eine Abstimmung erfolgt.

Herr **Barkowsky** begrüßte die vorliegende Beschlussvorlage, da die in Frage stehenden Spielplätze auch nicht mehr frequentiert werden. Die geplante Aufwertung der Spielfläche in der Klinkerstraße / Coldewei solle erst einmal der Fachausschuss beschließen. Es sei fraglich, ob nach Einrichtung von mehreren Spielgeräten auf dem Dorfanger der benachbarte Spielplatz für viel Geld aufgewertet werden müsse, auch hier solle zuerst einmal der JHA beschließen. Bezüglich des Punktes Nr. 3 verwies Herr Barkowsky auf einen in 1990 geschlossenen Nutzungsvertrages über den Dorfanger zwischen dem Bürgerverein und der Stadt Wilhelmshaven. Dieser Dorfanger ist der einzige Kommunikationspunkt in Coldewei, wo jedes Jahr etwa 6 – 7 Veranstaltungen stattfinden. Diese Fläche ist daher auch sehr wichtig für die Erhaltung und die Pflege der Kommunikation in einem so alten Stadtteil. Der geplante Verkauf einer Teilfläche als Bauland ist daher von dem Bürgerverein wie auch der SPD-Fraktion so nicht akzeptabel, die Fläche soll insgesamt erhalten bleiben. Zudem wären Konflikte bei einem Verkauf von Teilflächen als Bauland mit der darauffolgenden entsprechenden Bebauung vorprogrammiert z.B. bei Feiern oder z.B. dem Osterfeuer. Er bat darum, über die vier Unterpunkte der Beschlussvorlage einzeln abzustimmen.

Herr **Sager** führte aus, dass seitens Herrn Kottek im JHA erklärt wurde, dass es langfristig auch zielführend sein könnte, generationsüberbrückende Gemeinschaftsflächen zu kreieren. Der Dorfanger in Coldewei bietet sich hierfür geradezu an, gerade der für eine eventuelle Bebauung vorgesehene Bereich ließe sich dafür nutzen.

Herr **Harms** führte aus, dass man diesen Punkt in der CDU-Fraktion nochmals diskutieren wolle.

Herr **Hellwig** stellte fest, dass der Dorfanger bereits von drei Seiten von Bebauung umgeben ist. Es bestünde daher auch schon entsprechendes Konfliktpotential, wobei es sicherlich einen Lösungsansatz hierfür geben könnte, dies sei bei der Bebauung in der Kirchreihe schließlich auch gelungen. Frau **Lach** erklärte, dass es bei einer weiteren Bebauung in diesem Bereich sicherlich zu Konflikten kommen werde und bekräftigte die Aussage von Herrn Barkowsky zu diesem Thema.

Herr **Koch** (Anwohner aus Coldewei) erklärte, dass er sich bezüglich der mangelnden Pflege der Spielplätze mit dem Bürgerverein in Verbindung gesetzt habe, daraufhin jedoch nichts passiert sei. Daraufhin habe er sich mit Herrn Kottek in Verbindung gesetzt und von diesem die Planung erklärt bekommen. Bezüglich des Dorfangers sei der Bürgerverein dann zu dem Schluss gekommen zu versuchen, dort etwas anzubieten. Nach Installation der Spielgeräte wird man dann sehen, inwieweit die Bürger das annehmen. Auf Bitten von Herrn **Barkowsky** (s.o.) wurden die einzelnen Punkte der Vorlage zur Beschlussfassung abgefragt.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt wie folgt:

Einstimmig wurde beschlossen:

1. Im Bereich Himmelreich/Coldewei werden folgende Spielplatzflächen aufgegeben:
 - Nr. 57 – Prenzlauer Straße
 - Nr. 58 – Stendaler Allee I
 - Nr. 59 – Fehrbelliner Straße
 - Nr. 79 – Stendaler Allee II
 - Nr. 89 – Güstrower Straße
 - Nr. 90 – Stendaler Allee III

Mit 4 JA-Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde beschlossen:

2. Die vorhandene Spielfläche Nr. 10 Coldewei/Klinkerstraße wird aufgewertet und der

Dorfanger des Bürgervereins um Kinderspielgeräte ergänzt.

Mit 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt wurde:

3. Der westliche Teil des Dorfangers wird als Wohnbaufläche verkauft.

Einstimmig wurde beschlossen:

Die Änderung der Bebauungspläne Nr. 93 und Nr. 115 A und B werden zur Aufstellung beschlossen.

**4.2 Bebauungsplan Nr. 211 - Hafengroden-
Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss**

Herr **Kottek** führte kurz in das Thema ein.

Herr **Klebba** und Herr **Gieselmann** stellten die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Kempcke** fragte, ob es sich bei den vorgestellten Zahlen (Arbeitskräfte) um Schätzungen handelt und vom wem.

Herr **Klebba** erklärte, dass man sich hier auf ein Gutachten bezogen hat, in welchem die zu erwartenden zusätzlichen Verkehre für den Bereich ermittelt wurden. Von diesen Zahlen ausgehend wurden die Zahlen der möglichen zusätzlichen Arbeitsplätze (etwa 2.700) geschätzt.

Herr **Tjaden** fragte, nachdem er seine Skepsis gegenüber den genannten Zahlen zum Ausdruck gebracht hat, warum in dem Gutachten (dies wurde nur den Fraktionsvorsitzenden zugänglich gemacht, da nicht ausreichend Exemplare zur Verfügung standen) diesbezüglich von 3.400 zusätzlichen Arbeitskräften ausgegangen werde. Ähnliche Diskrepanzen gebe es auch in anderen Bereichen des Gutachtens. Er gehe des weiteren davon aus, dass eine Beschlussfassung hierüber heute nicht möglich ist, da selbst diejenigen, die das Gutachten haben, dies bis heute nicht haben lesen können aufgrund der kurzen Zeitspanne zwischen Zugang und Sitzung.

Herr **Kottek** wies darauf hin, dass hier kein Gutachten beschlossen wird. Diese werden lediglich zur Erstellung der Bebauungspläne genutzt. Allerdings kommt nur selten eine 1:1-Übertragung in Betracht, da sich im Laufe der Zeit natürlich auch Änderungen ergeben, die in den jeweiligen Gutachten nicht erfasst sind. Zudem gilt der Grundsatz, immer von Maximalwerten auszugehen, auch wenn diese Werte in der Realität gar nicht erreicht werden. So auch hier, wo der Autohof weiter Berücksichtigung findet und daher die höheren Werte in den Umweltbericht eingestellt wurden. Wenn der Autohof nun nicht gebaut wird, können die angenommenen Werte sich nur nach unten bewegen. Fatal wäre es hingegen andersherum zu planen.

Herr **Tjaden** führte aus, dass seitens der Stadt Wilhelmshaven ein Grundstück von 100 ha gekauft wurde, womit die Stadt sich in die Vermarktungsgesellschaft oder ähnliches einbringen wollte. Nun soll diese Fläche wieder vom Land Niedersachsen zurückgekauft werden, um die Kasse an der Stelle, von welcher die Zahlung damals erfolgte, wieder ausgeglichen wird. Gleichzeitig stellt das Land für den Rückkauf die Bedingung, dass die gleiche Summe wie die Rückkaufssumme, die Rede ist hier von 12 Millionen Euro, seitens der Stadt Wilhelmshaven in den Hafengroden investiert wird. Dies kann kein Verhalten sein, mit welchem man von hier aus noch einverstanden sein kann.

Herr **Rech** wies darauf hin, dass die Angelegenheit des Rückkaufs des Grundstückes mit der hier vorgestellten Planung nichts zu tun habe und daher auch hier nicht weiter erörtert werden müsse.

Herr **Hellwig** brachte zum Ausdruck, dass man eigentlich dankbar sein müsse,

dass das Land Niedersachsen derart viel Geld investiert zur Erstellung des JWP, der ja auch die wirtschaftliche Lage in Wilhelmshaven entscheiden verbessern soll, und er sehe keine Notwendigkeit, dem Land hier nun durch eine Ablehnung oder Verzögerung Steine in den Weg zu legen. Das Grundstücksgeschäft an sich, welches von Herrn Tjaden angesprochen wurde, gehöre eigentlich nicht hierher und müsste an anderer Stelle erörtert werden. Herr **Gieselmann** und Herr **Klebba** setzten die Erläuterung der Beschlussvorlage fort.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mehrheitlich mit 7 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme und 0 Enthaltungen:

In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses vom 19.09.2007 beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven aufgrund des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24.12.2008 (BGBl. I S. 3018) die erneute Aufstellung des
Bebauungsplans Nr. 211

- Hafengroden – ,

stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans zu und beschließt, diesen mit Begründung einen Monat lang öffentlich auszulegen.

Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

4.3 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven 66. Änderung -Heppenser Groden Nord- Entwurfsbeschluss

Herr **Büttler** stellte die Vorlagen ausführlich vor.

Herr **Gabriels** fragte, ob die Bahntrasse sowie die Straße, die nun höher gelegt wird, bereits in dem Schallgutachten mit berücksichtigt wurden. Dies bestätigte Herr Büttler mit dem Hinweis, dass letztendlich die Verkehrsentwicklung wesentlich geringer sein wird als in dem Gutachten angenommen.

Herr **Tjaden** fragte, wie es sich mit den stark unterschiedlichen Tag- und Nachtwerten bezüglich des geplanten Ems-Jade-Mischwerkes verhalte.

Herr **Büttler** erklärte, dass das Lauteste das Mahlen des Materials ist. Dies wird jeweils am Vortage bereits vorbereitet. Dies wurde auch mit den Betreibern so abgeklärt.

Frau **Bode** (Fa. Mosebach) erläuterte im weiteren den Umweltbericht.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 66. Änderung - Heppenser Groden Nord – Entwurfsbeschluss (Vorl. 180/2009):

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der
66. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973
- Heppenser Groden Nord –

zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

4.4 Bebauungsplan Nr. 203 -Heppenser Groden Nord- Entwurfsbeschluss

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des
Bebauungsplans Nr. 203
- Heppenser Groden Nord –

zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist
Bestandteil des Protokolls.

4.5 Bebauungsplan Nr. 92B / 2. Änderung
-Maadebogen westlich Altengroden-
(mit örtlicher Bauvorschrift)
Aufstellungsbeschluss

Herr **Kottek** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 des
Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414),
zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24.12.2008 (BGBl. I S. 3018) die
Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 92B 2. Änderung
- Maadebogen westlich Altengroden –

Im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer
Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und
der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.
Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

4.6 Einziehung von Straßen

Herr **Kottek** erklärte, dass der Postgang Teil der Planung des
Rathausumfeldes sei und in Teil der Straße dort aufgehoben wird. Hier werden
Stellflächen eingerichtet, die aber speziell für den Bereich der Sparkasse sind
und daher der Öffentlichkeit entzogen werden müssen. Die öffentliche Zufahrt
zu den Höfen der Bebauung Bismarckstraße 150 – 160 sowie den
Garagenhöfen bleibt bestehen. Hinsichtlich der Flächen in der Parkstraße
wurde seitens GGS diese Flächen dem Landesliegenschaftsfond als
Servicebetrieb für die Polizeidienststelle zum Kauf angeboten. Von dort wurde
jedoch mitgeteilt, dass nach eingehender Prüfung vom Erwerb abgesehen
werden muss, da kurz- und mittelfristig keine Haushaltsmittel zur Verfügung
stehen.

Herr **Tjaden** wies darauf hin, dass hierzu noch eine Beschlussfassung im VA
und im Rat erfolgt und bat Herrn Kottek um Klärung der
Erschließungserfordernisse sowie Berücksichtigung im Rahmen der nächsten
Beschlussfassungen. Dies wurde von Herrn Kottek zugesagt.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

1. Das Teilstück des

Postganges

zwischen der Grenzstraße und dem Rathausplatz entlang des Gebäudes der
Hauptpost wird zum 01.09.2009 als öffentliche Straßenfläche eingezogen. Die
aufgehobenen Parkplatzflächen sollen an anderer Stelle neu hergestellt werden. Die
Zufahrt zu den Höfen der Bebauung Bismarckstraße 150 – 160, den Garagenhöfen
und dem Einfamilienhaus sowie Geschäftshaus Ecke Rathausplatz / Postgang bleibt
öffentlich.

Das Teilstück der

Parkstraße

zwischen der Bremer Straße und der Viktoriastraße entlang des Gebäudes der Polizeiinspektion wird zum 01.09.2009 als öffentliche Straßenfläche eingezogen. Die aufgehobenen Parkplatzflächen sollen an die Polizeidienststelle verkauft werden.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Bezuschussung von elektronischen Fahrscheindruckern

Herr **Rademacher** (Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft) erläuterte die Vorlage. Herr **Tjaden** fragte, ob es sich hierbei auch um ausgereifte Geräte handelt. Herr **Rademacher** antwortete, dass diese Geräte ausgereift seien und auch bereits in Potsdam, Cottbus oder München im Einsatz seien. Auch mit der Verkehrsbeeinflussung würde es mit diesen Geräten einfacher dann über vorher eingepflegte GPS-Daten individuell zu agieren. Damit könnte man dann die teuren bisher verwendeten Baken einsparen und die Verkehrsführung hinsichtlich der Vorrangschaltungen optimieren. Er versichert, dass sich die Stadtwerke weiterhin bemühen, die Feinabstimmung der für den ÖPNV bevorrechtigt schaltenden Ampelanlagen für den Individualverkehr zu verbessern.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Die Stadt als ÖPNV-Aufgabenträger bezuschusst die Anschaffung von elektronischen Fahrscheindruckern durch die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH und die Fa. Fass-Reisen mit insgesamt 156.522,00 € aus ÖPNV-Regionalisierungsmitteln.

5.2 APB-Studienfahrt nach Oldenburg und Hannover vom 07.09. bis 09.09.2009 Zustimmung

Herr **Witt** stellte die Vorlage ausführlich vor und fragte die Liste der Teilnehmer ab.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Durchführung der Studienfahrt des Ausschusses für Planen und Bauen nach Oldenburg, Hannover und Langenhagen vom 07.09. bis 09.09.2009 zu.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1. **Fahrradtour APB**

Herr **Witt** erläuterte den bisherigen Stand der Planungen sowie die beabsichtigte Wegführung. Er lud auch die Anwesenden der Presse zur Teilnahme an der Fahrradtour mit ein. Die Tour beginnt am 25.08.2009 um 14:00 Uhr an der Südstrandpromenade vor dem ehemaligen Zeiss-Gebäude und endet gegen 16:30 Uhr am ehemaligen Fährhaus Henschelstraße.

6.2. **Kiosk Bunker Voslapp**

Herr **Tjaden** führte aus, dass der Kiosk aufgrund der zwischenzeitlich auf über

zwei Meter angewachsenen Ligusterhecke nicht mehr zu sehen ist. Auch die Verkehrsbeschilderung (Einfahrt verboten-Schild) ist nicht mehr zu erkennen. Der Gesamtzustand ist in keinsten Weise mehr als ansehnlich zu bezeichnen. Dazu kommt, dass in wenigen Tagen das Voslapper Siedlerfest stattfindet. Auch wenn es sich hierbei um ein Privatgrundstück handelt muss irgendetwas dagegen unternommen werden.

Herr **Harms** erklärte, dass er sich diesbezüglich auch schon mit SGW in Verbindung gesetzt habe, das grundsätzliche Problem aber ist, dass es sich um ein Privatgrundstück handelt. Für den hinter dem Bunker liegenden Teil ist die Wohnungsbaugesellschaft Jade zuständig, die aber auch nichts macht.

Herr **Englisch** erläuterte, dass das nicht mehr sichtbare Verkehrsschild derzeit der einzig erkennbare Ansatz ist, um hier einzuschreiten (durch SGW), da ganz offensichtlich hier eine Verkehrsgefährdung vorliegt. Aus bauordnungsrechtlicher Sicht ist ein Einschreiten nicht möglich.

6.3. Wasserabflüsse im Voslapper Groden

Herr **Tjaden** führte aus, dass die Gräben auf den Grodenflächen in Richtung Süden derzeit nicht in der Lage sind, das anfallende Wasser abzutransportieren. Dies könne mitunter auch an den Bautätigkeiten auf den Grodenflächen liegen. Man sollte hier nachsehen, ob möglicherweise die Gräben nicht ganz in Ordnung sind und dieses dann beheben.

6.4. Wasserstände Voslapp

Herr **Tjaden** erklärte, dass die Wasserstände im nördlichen Teil Voslapps, wo nach den vorliegenden Plänen die Hausgrabenführung durch Fedderwardergroden zur Maade geht, zu hoch sind. Von daher ist zu vermuten, dass auch diese Gräben sich zurzeit nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden.

6.5. Lagerflächen Mühlenweg

Herr **Kempcke** führte aus, dass man vor einiger Zeit über die Umnutzung von Lagerflächen am Mühlenweg gesprochen habe. Er möchte nun erfahren wie der Sachstand diesbezüglich ist und wann dort mit einer Bebauung angefangen werden kann.

Herr **Witt** antwortete, dass der Bebauungsplan derzeit bis zum 21.08.2009 ausliegt. Vorgesehen ist, dass im September der erforderliche Satzungsbeschluss gefasst wird.

6.6. Müllerstraße / Bismarckstraße

Herr **Hellwig** erklärte, dass hier lobenswerterweise die Durchfahrtsbreite für Fahrräder vergrößert wurde. Es ist nun aber bereits mehrfach vorgekommen, dass hier Fahrzeuge parken zwischen dem Tisch und der Grünanlage. Hier müsste mittels Straßenmarkierung deutlich gemacht werden, dass es sich hier nicht um eine Parkfläche handelt. Der Tisch der dort befindlichen Sitzgruppe steht nun so unglücklich, dass er entweder entfernt oder zumindest mit einem Reflexband markiert werden müsste, damit er wenigstens in den Abend- und Nachtstunden für die Radfahrer erkennbar ist.

Bezüglich des Bismarckplatzes sollte man sich, da eine Umgestaltung aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, Gedanken über einen alternativen Standort der Papier- und Glascontainer machen. In der vor Jahren einmal vorgestellten Planung gab es bereits Überlegungen, diese Container woanders aufzustellen. Er fragte, ob man dies nun unabhängig von der Realisierung des Gesamtprojektes Bismarckplatz an einen anderen Standort verbringen könnte. Herr **Kempcke** verwies hier auf die Zuständigkeit von WEB. Da am Freitag die entsprechende Ausschusssitzung stattfindet, werde man das Thema dort zur

Sprache bringen.

6.7. Verkehrssituation Rüsterei

Herr **Gabriels** führte aus, dass sich die Verkehrsmenge in Rüsterei erhöht habe. Allerdings stünden die Fahrzeuge derjenigen, die dort neugebaut hätten, nicht auf den Parkplätzen sondern auf dem Bürgersteig. Er habe dies auch bei den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung bereits angesprochen, bisher ist jedoch noch nichts passiert. Es sollte hier etwas unternommen werden, damit diese Fahrzeugführer ihr Fahrzeug entweder auf dem eigenen Grundstück oder auf den dafür vorgesehenen Parkflächen abstellen und nicht aus lauter Faulheit immer direkt vor der Haustür.

6.8. Rüstereier Hafen

Herr **Gabriels** erklärte, dass die Nordseite des Hafens nun fast fertig sei und aus der Bevölkerung keine negativen Stimmen zu vermelden seien, trotz der Rammarbeiten, im Gegenteil sei man mit den Fortschritten sehr zufrieden. Er schlug vor, dass nach Beendigung der Arbeiten in etwa 6 Wochen der APB den Hafen in Augenschein nimmt und versprach Freibier für jeden.

6.9. Hotel Columbia / Pumpwerk

Herr **Tjaden** fragte, ob es richtig sei, dass man auf Seiten des Columbia-Hotels mit den Musikveranstaltungen im Pumpwerk nicht ganz einverstanden sei.

Herr **Kottek** antwortete, dass es den Betreibern des Columbia-Hotels von Anfang an bewusst war, dass dort entsprechende Veranstaltungen stattfinden und diese auch als Bereicherung angesehen wurden. Zudem sind die Veranstaltungen auf jeweils 22:00 Uhr begrenzt, allerdings nicht aufgrund des Hotels sondern der Anwohner. Weitere Beschränkungen sind nicht vorgesehen.

Herr **Kempcke** ergänzte, dass in der Stadt sich das Gerücht festgesetzt habe, dass das Hotel das Pumpwerk kaputtmachen würde. Es soll auch schon Gruppen gegeben haben, die aufgrund der Zeitbeschränkung der Veranstaltung auf 22:00 Uhr gesagt haben, dass sie hier nicht mehr auftreten werden.

Herr **Kottek** verwies darauf, dass dies eigentlich nichts Neues sei und die Zeitbeschränkung bereits seit Jahren bestünde.

6.10. Wildwuchs

Herr **Rech** führte aus, dass Wildkräuter in den Pflanzbeeten vor der Grundschule Rheinstraße zwischenzeitlich eine Höhe von etwa 1,90 m erreicht haben.

Frau **Lach** ergänzte, dass eines der Beete (Rheinstraße 108) durchaus gepflegt werde, ein weiteres stehe voll mit Sonnenblumen, bei den anderen jedoch wuchere das Wildkraut.

Herr **Rech** erklärte, dass es ursprünglich einmal vorgesehen war, dass die Kinder diese Beete mit betreuen. Er fragte, ob dies möglicherweise eine Angelegenheit des APB sei, hier tätig zu werden.

Herr **Kottek** antwortete, dass dies eine Angelegenheit von SGW sei. Es war ursprünglich angedacht, diese Beete lediglich zu begrünen, woraufhin die Elternvertreter erklärt hätten, dass die Grundschulklassen die Pflege übernehmen wollten, wobei jede Grundschulklasse für eine Baumscheibe zuständig sei. Diese sind im Moment ziemlich zugewuchert, allerdings sind auch gerade erst die Sommerferien vorbei, so dass man noch etwas abwarten wolle, was dort nun weiter passiert. Sollte die Pflege nicht fortgeführt werden, so werde man dort im nächsten Jahr nur noch rasen aussäen.

6.11. Radwegführung Jadeallee / Bremer Straße

Herr **Rech** führte aus, dass er in Osnabrück gesehen habe, dass man dort eine rot markierte zusätzliche Fahrradspur (geradeaus) zwischen den normalen KFZ-Fahrs Spuren (Rechtsabbieger, Geradeaus, Linksabbieger) eingerichtet habe, somit genau die Konstellation, die man auch für die Kreuzung Jadeallee/Weserstraße angedacht habe. Es müsste somit auch hier möglich sein, wenn man die Straße an dieser Stelle etwas aufweitet.

Frau **Lach** erwiderte, dass es nach ihrer Ansicht nicht erforderlich sei, die Kreuzung dementsprechend umzugestalten. Bisher sei es dort nie zu besonderen Vorkommnissen gekommen, da alle Verkehrsteilnehmer entsprechend aufpassen und gegenseitig Rücksicht nehmen.

6.12. Verkehr Ölhafendamm

Herr **Rech** erklärte, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungen am Ölhafendamm in Richtung Grodendamm nicht mehr nachvollziehbar seien. So habe man eine 30er-Zone, auf der Höhe des Bayernhauses wird die Geschwindigkeit wieder auf 50 km/h angehoben, kurz darauf erfolgt eine Einschränkung der Geschwindigkeit für LKW auf 30 km/h, die allerdings an der Freiligrathstraße prompt wieder aufgehoben wird. Er schlug eine Ortsbegehung mit dem APB vor. In der entgegengesetzten Richtung werde in Höhe der Firma Voges aufgrund des Wohngebietes die Geschwindigkeit für LKW ebenfalls auf 30 km/h reduziert, jedoch diese Geschwindigkeitsbegrenzung etwa 10 m vor der Kreuzung zur Freiligrathstraße wieder aufgehoben, so dass prinzipiell jeder LKW-Fahrer natürlich versucht noch schnellstens die Kreuzung zu queren, notfalls auch bei Gelb. Hier müsste das Schild entweder entfernt werden oder ein weiteres mit einer Begrenzung auf 30 km/h aufgestellt werden.

6.13. Straße am Wiesenhof

Herr **Hellwig** führte aus, dass ihm in der Verlängerung der Friedenstraße am Wiesenhof aufgefallen sei, dass in Richtung Langwerth am Ende eine Aufhebung der 30er-Zone angezeigt ist, so dass man die darauffolgende Kurve mit 50 km/h fahren kann und danach wieder in eine 30er-Zone (Scharreihe) kommt. Der Sinn dieser Regelung erschließt sich nicht.

7 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand nicht statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:00 Uhr

Unterschrift

Unterschrift

Unterschrift

